

# Amtsblatt

## für den Kreis Paderborn

zugleich satzungsmäßiges Verkündungsorgan der Stadt Bad Wünnenberg

---

77. Jahrgang

07. Dezember 2020

Nr. 87 / S. 1

---

	<b>Inhaltsübersicht:</b>	<b>Seite:</b>
504/2020	Öffentliche Bekanntmachung des Kreises Paderborn – Gesundheitsamt – über die Allgemeinverfügung zur Absonderung in häusliche Quarantäne zum Schutz der Bevölkerung vor der Verbreitung des Coronavirus; <b>Paderborn, Edith-Stein-Berufskolleg des Erzbistums Paderborn, Klasse AHB22</b>	2 - 5
505/2020	Öffentliche Bekanntmachung des Kreises Paderborn – Gesundheitsamt – über die Allgemeinverfügung zur Absonderung in häusliche Quarantäne zum Schutz der Bevölkerung vor der Verbreitung des Coronavirus; <b>Paderborn, Edith-Stein-Berufskolleg des Erzbistums Paderborn, Klassen HB122 und F2S21</b>	6 - 9
506/2020	Öffentliche Bekanntmachung des Kreises Paderborn – Gesundheitsamt – über die Allgemeinverfügung zur Absonderung in häusliche Quarantäne zum Schutz der Bevölkerung vor der Verbreitung des Coronavirus; <b>Paderborn, Richard-von-Weizsäcker-Berufskolleg, Klasse MTP91</b>	10 – 13
507/2020	Öffentliche Bekanntmachung des Kreises Paderborn – Gesundheitsamt – über die Allgemeinverfügung zur Absonderung in häusliche Quarantäne zum Schutz der Bevölkerung vor der Verbreitung des Coronavirus; <b>Paderborn, Einrichtung Elterninitiative Kinderhaus Luftikus e.V., Gruppen Vögel und Vögelchen</b>	14 – 17

504/2020

**Allgemeinverfügung  
des Kreises Paderborn  
zur Absonderung in häusliche Quarantäne  
zum Schutz der Bevölkerung des Kreises Paderborn vor der Verbreitung des Coronavirus  
SARS- CoV- 2**

**gegenüber**

**den Schülerinnen und Schülern sowie Lehrerinnen und Lehrern der Klasse AHB22 der Schule  
Edith-Stein-Berufskolleg des Erzbistums Paderborn, Am Rolandsbad 4, 33102 Paderborn**

Gemäß §§ 28 Abs. 1 Satz 1, 30 Abs. 1 Satz 2 des Gesetzes zur Verhütung und Bekämpfung von Infektionskrankheiten beim Menschen (Infektionsschutzgesetz – IfSG) vom 20.07.2000 (BGBl. I S. 1045), § 3 Abs. 3 Nr. 1 des Gesetzes zur Regelung besonderer Handlungsbefugnisse im Rahmen einer epidemischen Lage von nationaler oder landesweiter Tragweite und zur Festlegung der Zuständigkeiten nach dem Infektionsschutzgesetz (Infektionsschutz- und Befugnisgesetz –IfSBG-NRW) vom 14.04.2020 (GV. NRW. S. 218b) sowie § 35 Satz 2 des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (VwVfG NRW) vom 12.11.1999 (GV. NRW S. 602) - jeweils in der z.Zt. gültigen Fassung – erlässt der Kreis Paderborn folgende

**Allgemeinverfügung**

**I.**

Alle Schülerinnen und Schüler sowie Lehrerinnen und Lehrer der Klasse AHB22 der Schule Edith-Stein-Berufskolleg des Erzbistums Paderborn, Am Rolandsbad 4, 33102 Paderborn, die am 30.11.2020 den Unterricht besucht/gestaltet haben, haben sich unverzüglich bis einschließlich 14.12.2020, 24.00 Uhr, in häusliche Absonderung zu begeben.

**II.**

Die unter Ziffer I. genannten Personen dürfen die eigene Häuslichkeit ohne ausdrückliche Zustimmung des Gesundheitsamtes des Kreises Paderborn während dieser Zeit nicht verlassen. Wenn sich an die eigene Häuslichkeit ein Balkon, eine Terrasse oder ein Garten anschließt, dürfen sich die betroffenen Personen auch in diesem Bereich aufhalten, wenn der Bereich ausschließlich von ihnen oder mit ihnen zusammenlebenden Personen benutzt wird.

Den betroffenen Personen wird untersagt, während dieser Zeit Besuch von Personen zu empfangen, die nicht ihrem Haushalt angehören. Der Kontakt zu haushaltsangehörigen Personen soll auf ein Mindestmaß beschränkt werden. Bei unverzichtbaren Kontakten soll eine Alltagsmaske (Empfehlung FFP2) getragen werden.

Sollte ein Kontakt mit anderen Personen zwingend notwendig werden, so ist dies vorab mit dem Gesundheitsamt des Kreises Paderborn abzustimmen.

**III.**

Die unter Ziffer I. genannten Personen sind ferner verpflichtet, das Gesundheitsamt des Kreises Paderborn unverzüglich zu kontaktieren, wenn typische Symptome einer Infektion mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 wie Husten, Fieber, Schnupfen oder Verlust des Geruchs- und Geschmackssinns innerhalb der Zeit der Absonderung bei ihnen auftreten.

**IV.**

Die Anordnungen zu den Ziffern I.-IV. gelten nicht für Personen, die durchgängig eine Maske getragen haben, die dem Standard einer FFP2-Maske entspricht. Ebenfalls ausgenommen sind Personen, die bereits an einem durch Labordiagnostik nachgewiesenen Coronavirus SARS- CoV- 2 erkrankt waren.

**V.**

Diese Allgemeinverfügung ist aufgrund von § 80 Abs. 2 Nr. 3 Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) vom 19.03.1991 (BGBl. I S. 686) in der jeweils gültigen Fassung i.V.m. §§ 28 Abs. 3, 16 Abs. 8 IfSG sofort vollziehbar.

**VI.**

Zu widerhandlungen gegen diese Anordnung stellen eine Ordnungswidrigkeit gemäß § 73 Abs. 1a Nr. 6 IfSG dar, die mit einer Geldbuße geahndet werden kann.

**VII.**

Diese Allgemeinverfügung gilt gemäß § 41 Abs. 4 S. 3 und 4 VwVfG NRW einen Tag nach der Bekanntmachung als bekannt gegeben. Die Bekanntgabe erfolgt durch die Veröffentlichung im Amtsblatt des Kreises Paderborn.

**Begründung**

Zu I – VII:

Diese Allgemeinverfügung dient dem Zwecke, die Ausbreitung des Coronavirus SARS- CoV- 2 einzudämmen.

Die Anordnung der häuslichen Absonderung /Quarantäne ergeht auf Grundlage der §§ 28 Abs. 1 Satz 1, 30 Abs. 1 Satz 2 IfSG in Verbindung mit den §§ 1 Abs. 1 und 3 Abs. 3 Nummer 1 des IfSBG NRW.

Gemäß § 28 Abs. 1 Satz 1 IfSG trifft die zuständige Behörde die notwendigen Schutzmaßnahmen, wenn Kranke, Krankheitsverdächtige, Ansteckungsverdächtige oder Ausscheider festgestellt werden, soweit und solange es zur Verhinderung der Verbreitung übertragbarer Krankheiten erforderlich ist. Sie kann insbesondere Personen verpflichten, den Ort, an dem sie sich befinden, nicht oder nur unter bestimmten Bedingungen zu verlassen oder von ihr bestimmte Orte oder öffentliche Orte nicht oder nur unter bestimmten Bedingungen zu betreten.

Gemäß § 30 Abs. 1 Satz 2 IfSG kann bei Kranken, Krankheitsverdächtigen, Ansteckungsverdächtigen und Ausscheidern angeordnet werden, dass sie in geeigneter Weise abgesondert werden, soweit und solange es zur Verhinderung der Verbreitung der übertragbaren Krankheit notwendig ist.

Zuständige Behörde ist gemäß § 28 Abs. 1 IfSG i. V. m. § 3 Abs. 3 Nr. 1 IfSBG NRW das Gesundheitsamt des Kreises Paderborn, da ein sofortiges Tätigwerden aus Gründen der unmittelbaren Gefahrenabwehr geboten ist.

Die Schülerinnen und Schüler sowie Lehrerinnen und Lehrer der Klasse(n) AHB22 der Schule Edith-Stein-Berufskolleg des Erzbistums Paderborn, Am Rolandsbad 4, 33102 Paderborn sind anste-

**Amtsblatt  
für den Kreis Paderborn**

**77. Jahrgang**

**07. Dezember**

**Nr. 87 / S. 4**

ckungsverdächtig im Sinne des § 2 Nr. 7 IfSG. Hierzu zählen Personen, von denen anzunehmen ist, dass sie Krankheitserreger aufgenommen haben, ohne krank, krankheitsverdächtig oder Ausscheider zu sein.

Die durch das Corona-Virus SARS-COV-2 hervorgerufenen Erkrankung ist unzweifelhaft eine übertragbare Krankheit im Sinne des § 2 Nr. 3 IfSG. Das Virus ist hochansteckend und kann durch Tröpfcheninfektion, durch die Ausscheidung von Viren in der Atemluft (Aerosole) und durch eine Schmierinfektion (auf Gegenständen) von Mensch zu Mensch übertragen werden.

Eine Aufnahme von Krankheitserregern ist anzunehmen, wenn mit hinreichender Wahrscheinlichkeit Kontakt zu einer infizierten Person oder einem infizierten Gegenstand bestand. Im Interesse eines wirksamen Infektionsschutzes sind dabei an die erforderliche Wahrscheinlichkeit nach allgemeinen Grundsätzen im Gefahrenabwehrrecht umso geringere Anforderungen zu stellen, je höher und folgenschwerer der möglicherweise entstehende Schaden ist. Daher kann im Fall eines hochansteckenden Krankheitserregers, der bei einer Infektion zu einer tödlich verlaufenden Erkrankung führen kann, gegen die eine wirksame medikamentöse Therapie nicht zur Verfügung steht, auch eine vergleichsweise geringe Übertragungswahrscheinlichkeit genügen (vgl. BVerwG, Urteil vom 22.03.2012 - 3 C 16/11).

Eine Lehrerin der Klasse AHB22 der Schule Edith-Stein-Berufskolleg des Erzbistums Paderborn, Am Rolandsbad 4, 33102 Paderborn ist am 04.12.2020 positiv auf das Coronavirus SARS-CoV 2 getestet worden. Die Betroffenen haben sich im infektiösen Zeitintervall über einen längeren Zeitraum mit der infizierten Person in einem Klassenraum befunden. Nach medizinischen Erkenntnisse sind die letzten 4 Tage vor dem Zeitpunkt der Durchführung eines Tests, der ein positives Ergebnis aufweist, als infektiöses Zeitintervall zu werten. Gleiches gilt für Zeiträume nach der Testdurchführung. Im vorliegenden Fall wurde am 04.12.2020 beim Betroffenen eine Testung durchgeführt, die positiv ausfiel. Der letzte Schulbesuch der Indexperson erfolgte am 01.12.2020.

Die Kontaktsituation im Einzelnen ist schwer zu überblicken, etwaige Abstandsregelungen sind schwer zu kontrollieren. Darüber hinaus kann das Ausgesetztsein einer Einzelperson zu im Raum möglicherweise schwebenden infektiösen Partikeln auch durch etwaige Alltagsmasken kaum gemindert werden, da die Aerosole an der Maske vorbei eingeatmet werden.

Die vorgenannten Betroffenen sind aufgrund der aktuellen RKI-Empfehlungen - vgl. RKI, Kontaktpersonennachverfolgung bei Infektionen durch SARS-CoV-2, Stand 16.11.2020 – optional als „Kontaktperson der Kategorie I“ mit einem höheren Infektionsrisiko einzustufen.

Das RKI ist in § 4 IfSG als die Stelle benannt, die die wissenschaftlichen Grundlagen für Entscheidungen des Gesetzgebers und der Exekutive im Bereich des Infektionsschutzes, insbesondere bei der Verhinderung einer Weiterverbreitung übertragbarer Erkrankungen, liefert. Seinen Empfehlungen kommt daher bei der Auswahl angezeigter Schutzmaßnahmen maßgebliche Bedeutung zu.

Für Kontaktpersonen der Kategorie I mit höherem Infektionsrisiko empfiehlt es die häusliche Absonderung bei gleichzeitiger zeitlicher und räumlicher Trennung von anderen Haushaltsmitgliedern.

Die Absonderungsanordnung ist auch verhältnismäßig.

An der Eignung der Quarantäne eine Weiterverbreitung der Infektion einzudämmen, besteht kein Zweifel.

Es sind keine mildereren Mittel verfügbar, die sich eindeutig als gleich geeignet erweisen. Insbesondere stellt das RKI klar, dass negative Testergebnisse einer Kontaktperson der Kategorie I das Gesundheitsmonitoring nicht ersetzt und die Quarantänezeit nicht verkürzt (vgl. RKI, Kontaktpersonennachverfolgung bei Infektionen durch SARS-CoV-2 vom 16.11.2020, S. 4).

Die ergriffene Maßnahme ist angemessen, auch wenn damit spürbare Eingriffe in die persönliche Freiheit einhergehen. Die auf wenige Tage begrenzten Einschränkungen sind mit Rücksicht auf überwiegende öffentliche Belange, insbesondere das Interesse der Allgemeinheit, das Infektionsgeschehen und die damit einhergehenden Gefahren für die Gesundheit vieler Menschen möglichst effektiv einzudämmen, zumutbar. Darüber hinaus gilt es weiteren Übertragungen innerhalb von Schulen zuvorzukommen und somit die generelle Öffnung schulischer Einrichtungen und damit Bildung, Förderung sowie Fürsorge für alle Schüler/innen nicht zu gefährden.

Zu VI.

Die Anfechtungsklage hat gegen diese Allgemeinverfügung keine aufschiebende Wirkung, § 16 Abs. 8 IfSG.

**Rechtsbehelfsbelehrung:**

Gegen diese Allgemeinverfügung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage beim Verwaltungsgericht Minden erhoben werden. Die Klage ist beim Verwaltungsgericht Minden (Königswall 8, 32423 Minden oder Postfach 3240, 32389 Minden) schriftlich oder dort zur Niederschrift des Urkundenbeamten der Geschäftsstelle oder durch Übertragung eines elektronischen Dokuments nach Maßgabe des § 55a der Verwaltungsgerichtsordnung –VwGO- und der Verordnung über die technischen Rahmenbedingungen des elektronischen Rechtsverkehrs und über das besondere elektronische Behördenpostfach (Elektronischer-Rechtsverkehr-Verordnung – ERVV) vom 24.11.2017 (BGBl. S. 3803) einzureichen.

Paderborn, 07.12.2020

gez.

Christoph Rüter, Landrat

505/2020

**Allgemeinverfügung  
des Kreises Paderborn  
zur Absonderung in häusliche Quarantäne  
zum Schutz der Bevölkerung des Kreises Paderborn vor der Verbreitung des Coronavirus  
SARS- CoV- 2**

**gegenüber**

**den Schülerinnen und Schülern sowie Lehrerinnen und Lehrern der Klassen HB122 und F2S21  
der Schule Edith-Stein-Berufskolleg des Erzbistums Paderborn, Am Rolandsbad 4, 33102 Pa-  
derborn**

Gemäß §§ 28 Abs. 1 Satz 1, 30 Abs. 1 Satz 2 des Gesetzes zur Verhütung und Bekämpfung von Infektionskrankheiten beim Menschen (Infektionsschutzgesetz – IfSG) vom 20.07.2000 (BGBl. I S. 1045), § 3 Abs. 3 Nr. 1 des Gesetzes zur Regelung besonderer Handlungsbefugnisse im Rahmen einer epidemischen Lage von nationaler oder landesweiter Tragweite und zur Festlegung der Zuständigkeiten nach dem Infektionsschutzgesetz (Infektionsschutz- und Befugnisgesetz –IfSBG-NRW) vom 14.04.2020 (GV. NRW. S. 218b) sowie § 35 Satz 2 des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (VwVfG NRW) vom 12.11.1999 (GV. NRW S. 602) - jeweils in der z.Zt. gültigen Fassung – erlässt der Kreis Paderborn folgende

**Allgemeinverfügung**

**I.**

Alle Schülerinnen und Schüler sowie Lehrerinnen und Lehrer der Klasse HB122 und F2S21 der Schule Edith-Stein-Berufskolleg des Erzbistums Paderborn, Am Rolandsbad 4, 33102 Paderborn, die im Zeitraum 30.11.2020 – 01.12.2020 den Unterricht besucht/gestaltet haben, haben sich unverzüglich bis einschließlich 15.12.2020, 24.00 Uhr, in häusliche Absonderung zu begeben.

**II.**

Die unter Ziffer I. genannten Personen dürfen die eigene Häuslichkeit ohne ausdrückliche Zustimmung des Gesundheitsamtes des Kreises Paderborn während dieser Zeit nicht verlassen. Wenn sich an die eigene Häuslichkeit ein Balkon, eine Terrasse oder ein Garten anschließt, dürfen sich die betroffenen Personen auch in diesem Bereich aufhalten, wenn der Bereich ausschließlich von ihnen oder mit ihnen zusammenlebenden Personen benutzt wird.

Den betroffenen Personen wird untersagt, während dieser Zeit Besuch von Personen zu empfangen, die nicht ihrem Haushalt angehören. Der Kontakt zu haushaltsangehörigen Personen soll auf ein Mindestmaß beschränkt werden. Bei unverzichtbaren Kontakten soll eine Alltagsmaske (Empfehlung FFP2) getragen werden.

Sollte ein Kontakt mit anderen Personen zwingend notwendig werden, so ist dies vorab mit dem Gesundheitsamt des Kreises Paderborn abzustimmen.

**III.**

Die unter Ziffer I. genannten Personen sind ferner verpflichtet, das Gesundheitsamt des Kreises Paderborn unverzüglich zu kontaktieren, wenn typische Symptome einer Infektion mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 wie Husten, Fieber, Schnupfen oder Verlust des Geruchs- und Geschmackssinns innerhalb der Zeit der Absonderung bei ihnen auftreten.

**Amtsblatt  
für den Kreis Paderborn**

**77. Jahrgang**

**07. Dezember**

**Nr. 87 / S. 7**

**IV.**

Die Anordnungen zu den Ziffern I.-IV. gelten nicht für Personen, die durchgängig eine Maske getragen haben, die dem Standard einer FFP2-Maske entspricht. Ebenfalls ausgenommen sind Personen, die bereits an einem durch Labordiagnostik nachgewiesenen Coronavirus SARS- CoV- 2 erkrankt waren.

**V.**

Diese Allgemeinverfügung ist aufgrund von § 80 Abs. 2 Nr. 3 Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) vom 19.03.1991 (BGBl. I S. 686) in der jeweils gültigen Fassung i.V.m. §§ 28 Abs. 3, 16 Abs. 8 IfSG sofort vollziehbar.

**VI.**

Zu widerhandlungen gegen diese Anordnung stellen eine Ordnungswidrigkeit gemäß § 73 Abs. 1a Nr. 6 IfSG dar, die mit einer Geldbuße geahndet werden kann.

**VII.**

Diese Allgemeinverfügung gilt gemäß § 41 Abs. 4 S. 3 und 4 VwVfG NRW einen Tag nach der Bekanntmachung als bekannt gegeben. Die Bekanntgabe erfolgt durch die Veröffentlichung im Amtsblatt des Kreises Paderborn.

**Begründung**

Zu I – VII:

Diese Allgemeinverfügung dient dem Zwecke, die Ausbreitung des Coronavirus SARS- CoV- 2 einzudämmen.

Die Anordnung der häuslichen Absonderung /Quarantäne ergeht auf Grundlage der §§ 28 Abs. 1 Satz 1, 30 Abs. 1 Satz 2 IfSG in Verbindung mit den §§ 1 Abs. 1 und 3 Abs. 3 Nummer 1 des IfSBG NRW.

Gemäß § 28 Abs. 1 Satz 1 IfSG trifft die zuständige Behörde die notwendigen Schutzmaßnahmen, wenn Kranke, Krankheitsverdächtige, Ansteckungsverdächtige oder Ausscheider festgestellt werden, soweit und solange es zur Verhinderung der Verbreitung übertragbarer Krankheiten erforderlich ist. Sie kann insbesondere Personen verpflichten, den Ort, an dem sie sich befinden, nicht oder nur unter bestimmten Bedingungen zu verlassen oder von ihr bestimmte Orte oder öffentliche Orte nicht oder nur unter bestimmten Bedingungen zu betreten.

Gemäß § 30 Abs. 1 Satz 2 IfSG kann bei Kranken, Krankheitsverdächtigen, Ansteckungsverdächtigen und Ausscheidern angeordnet werden, dass sie in geeigneter Weise abgesondert werden, soweit und solange es zur Verhinderung der Verbreitung der übertragbaren Krankheit notwendig ist.

Zuständige Behörde ist gemäß § 28 Abs. 1 IfSG i. V. m. § 3 Abs. 3 Nr. 1 IfSBG NRW das Gesundheitsamt des Kreises Paderborn, da ein sofortiges Tätigwerden aus Gründen der unmittelbaren Gefahrenabwehr geboten ist.

Die Schülerinnen und Schüler sowie Lehrerinnen und Lehrer der Klasse(n) HB122 und F2S21 der Schule Edith-Stein-Berufskolleg des Erzbistums Paderborn, Am Rolandsbad 4, 33102 Paderborn sind ansteckungsverdächtig im Sinne des § 2 Nr. 7 IfSG. Hierzu zählen Personen, von denen anzuneh-

men ist, dass sie Krankheitserreger aufgenommen haben, ohne krank, krankheitsverdächtig oder Ausscheider zu sein.

Die durch das Corona-Virus SARS-COV-2 hervorgerufenen Erkrankung ist unzweifelhaft eine übertragbare Krankheit im Sinne des § 2 Nr. 3 IfSG. Das Virus ist hochansteckend und kann durch Tröpfcheninfektion, durch die Ausscheidung von Viren in der Atemluft (Aerosole) und durch eine Schmierinfektion (auf Gegenständen) von Mensch zu Mensch übertragen werden.

Eine Aufnahme von Krankheitserregern ist anzunehmen, wenn mit hinreichender Wahrscheinlichkeit Kontakt zu einer infizierten Person oder einem infizierten Gegenstand bestand. Im Interesse eines wirksamen Infektionsschutzes sind dabei an die erforderliche Wahrscheinlichkeit nach allgemeinen Grundsätzen im Gefahrenabwehrrecht umso geringere Anforderungen zu stellen, je höher und folgenschwerer der möglicherweise entstehende Schaden ist. Daher kann im Fall eines hochansteckenden Krankheitserregers, der bei einer Infektion zu einer tödlich verlaufenden Erkrankung führen kann, gegen die eine wirksame medikamentöse Therapie nicht zur Verfügung steht, auch eine vergleichsweise geringe Übertragungswahrscheinlichkeit genügen (vgl. BVerwG, Urteil vom 22.03.2012 - 3 C 16/11).

Eine Lehrerin der Klasse HB122 und F2S21 der Schule Edith-Stein-Berufskolleg des Erzbistums Paderborn, Am Rolandsbad 4, 33102 Paderborn ist am 04.12.2020 positiv auf das Coronavirus SARS-CoV 2 getestet worden. Die Betroffenen haben sich im infektiösen Zeitintervall über einen längeren Zeitraum mit der infizierten Person in einem Klassenraum befunden. Nach medizinischen Erkenntnissen sind die letzten 4 Tage vor dem Zeitpunkt der Durchführung eines Tests, der ein positives Ergebnis aufweist, als infektiöses Zeitintervall zu werten. Gleiches gilt für Zeiträume nach der Testdurchführung. Im vorliegenden Fall wurde am 04.12.2020 beim Betroffenen eine Testung durchgeführt, die positiv ausfiel. Der letzte Schulbesuch der Indexperson erfolgte am 01.12.2020.

Die Kontaktsituation im Einzelnen ist schwer zu überblicken, etwaige Abstandsregelungen sind schwer zu kontrollieren. Darüber hinaus kann das Ausgesetztsein einer Einzelperson zu im Raum möglicherweise schwebenden infektiösen Partikeln auch durch etwaige Alltagsmasken kaum gemindert werden, da die Aerosole an der Maske vorbei eingeatmet werden.

Die vorgenannten Betroffenen sind aufgrund der aktuellen RKI-Empfehlungen - vgl. RKI, Kontaktpersonennachverfolgung bei Infektionen durch SARS-CoV-2, Stand 16.11.2020 – optional als „Kontaktperson der Kategorie I“ mit einem höheren Infektionsrisiko einzustufen.

Das RKI ist in § 4 IfSG als die Stelle benannt, die die wissenschaftlichen Grundlagen für Entscheidungen des Gesetzgebers und der Exekutive im Bereich des Infektionsschutzes, insbesondere bei der Verhinderung einer Weiterverbreitung übertragbarer Erkrankungen, liefert. Seinen Empfehlungen kommt daher bei der Auswahl angezeigter Schutzmaßnahmen maßgebliche Bedeutung zu.

Für Kontaktpersonen der Kategorie I mit höherem Infektionsrisiko empfiehlt es die häusliche Absonderung bei gleichzeitiger zeitlicher und räumlicher Trennung von anderen Haushaltsmitgliedern.

Die Absonderungsanordnung ist auch verhältnismäßig.

An der Eignung der Quarantäne eine Weiterverbreitung der Infektion einzudämmen, besteht kein Zweifel.

Es sind keine milderen Mittel verfügbar, die sich eindeutig als gleich geeignet erweisen. Insbesondere stellt das RKI klar, dass negative Testergebnisse einer Kontaktperson der Kategorie I das Gesundheitsmonitoring nicht ersetzt und die Quarantänezeit nicht verkürzt (vgl. RKI, Kontaktpersonennachverfolgung bei Infektionen durch SARS-CoV-2 vom 16.11.2020, S. 4).



**Amtsblatt  
für den Kreis Paderborn**

**77. Jahrgang**

**07. Dezember**

**Nr. 87 / S. 9**

Die ergriffene Maßnahme ist angemessen, auch wenn damit spürbare Eingriffe in die persönliche Freiheit einhergehen. Die auf wenige Tage begrenzten Einschränkungen sind mit Rücksicht auf überwiegende öffentliche Belange, insbesondere das Interesse der Allgemeinheit, das Infektionsgeschehen und die damit einhergehenden Gefahren für die Gesundheit vieler Menschen möglichst effektiv einzudämmen, zumutbar. Darüber hinaus gilt es weiteren Übertragungen innerhalb von Schulen zuvorzukommen und somit die generelle Öffnung schulischer Einrichtungen und damit Bildung, Förderung sowie Fürsorge für alle Schüler/innen nicht zu gefährden.

Zu VI.

Die Anfechtungsklage hat gegen diese Allgemeinverfügung keine aufschiebende Wirkung, § 16 Abs. 8 IfSG.

**Rechtsbehelfsbelehrung:**

Gegen diese Allgemeinverfügung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage beim Verwaltungsgericht Minden erhoben werden. Die Klage ist beim Verwaltungsgericht Minden (Königswall 8, 32423 Minden oder Postfach 3240, 32389 Minden) schriftlich oder dort zur Niederschrift des Urkundenbeamten der Geschäftsstelle oder durch Übertragung eines elektronischen Dokuments nach Maßgabe des § 55a der Verwaltungsgerichtsordnung –VwGO- und der Verordnung über die technischen Rahmenbedingungen des elektronischen Rechtsverkehrs und über das besondere elektronische Behördenpostfach (Elektronischer-Rechtsverkehr-Verordnung – ERVV) vom 24.11.2017 (BGBl. S. 3803) einzureichen.

Paderborn, 07.12.2020

gez.

Christoph Rüter, Landrat

506/2020

**Allgemeinverfügung  
des Kreises Paderborn  
zur Absonderung in häusliche Quarantäne  
zum Schutz der Bevölkerung des Kreises Paderborn vor der Verbreitung des Coronavirus  
SARS- CoV- 2**

**gegenüber**

**den Schülerinnen und Schülern sowie Lehrerinnen und Lehrern der Klasse MTP91 der Schule  
Richard-von-Weizsäcker-Berufskolleg, Schützenweg 6, 33102 Paderborn**

Gemäß §§ 28 Abs. 1 Satz 1, 30 Abs. 1 Satz 2 des Gesetzes zur Verhütung und Bekämpfung von Infektionskrankheiten beim Menschen (Infektionsschutzgesetz – IfSG) vom 20.07.2000 (BGBl. I S. 1045), § 3 Abs. 3 Nr. 1 des Gesetzes zur Regelung besonderer Handlungsbefugnisse im Rahmen einer epidemischen Lage von nationaler oder landesweiter Tragweite und zur Festlegung der Zuständigkeiten nach dem Infektionsschutzgesetz (Infektionsschutz- und Befugnisgesetz –IfSBG-NRW) vom 14.04.2020 (GV. NRW. S. 218b) sowie § 35 Satz 2 des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (VwVfG NRW) vom 12.11.1999 (GV. NRW S. 602) - jeweils in der z.Zt. gültigen Fassung – erlässt der Kreis Paderborn folgende

**Allgemeinverfügung**

**I.**

Alle Schülerinnen und Schüler sowie Lehrerinnen und Lehrer der Klasse MTP91 der Schule Richard-von-Weizsäcker-Berufskolleg, Schützenweg 6, 33102 Paderborn, die im Zeitraum 29.11.2020 - 30.11.2020 den Unterricht besucht/gestaltet haben, haben sich unverzüglich bis einschließlich 14.12.2020, 24.00 Uhr, in häusliche Absonderung zu begeben.

**II.**

Die Quarantäne kann verkürzt werden, wenn die in Ziffer I. genannte Person einen PCR-Test oder einen PoC-Antigen-Test (Coronaschnelltest) vornehmen lässt und dabei ein negatives Testergebnis erhält. Die Testung darf frühestens 10 Tage nach Beginn der Quarantäne, mithin frühestens am 17.12.2020, vorgenommen werden. Hierfür darf die Quarantäne unterbrochen werden.

**III.**

Die unter Ziffer I. genannten Personen dürfen die eigene Häuslichkeit ohne ausdrückliche Zustimmung des Gesundheitsamtes des Kreises Paderborn während dieser Zeit nicht verlassen. Wenn sich an die eigene Häuslichkeit ein Balkon, eine Terrasse oder ein Garten anschließt, dürfen sich die betroffenen Personen auch in diesem Bereich aufhalten, wenn der Bereich ausschließlich von ihnen oder mit ihnen zusammenlebenden Personen benutzt wird.

Den betroffenen Personen wird untersagt, während dieser Zeit Besuch von Personen zu empfangen, die nicht ihrem Haushalt angehören. Der Kontakt zu haushaltsangehörigen Personen soll auf ein Mindestmaß beschränkt werden. Bei unverzichtbaren Kontakten soll eine Alltagsmaske (Empfehlung FFP2) getragen werden.

Sollte ein Kontakt mit anderen Personen zwingend notwendig werden, so ist dies vorab mit dem Gesundheitsamt des Kreises Paderborn abzustimmen.

**IV.**

Die unter Ziffer I. genannten Personen sind ferner verpflichtet, das Gesundheitsamt des Kreises Paderborn unverzüglich zu kontaktieren, wenn typische Symptome einer Infektion mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 wie Husten, Fieber, Schnupfen oder Verlust des Geruchs- und Geschmackssinns innerhalb der Zeit der Absonderung bei ihnen auftreten.

**V.**

Die Anordnungen zu den Ziffern I.-IV. gelten nicht für Personen, die durchgängig eine Maske getragen haben, die dem Standard einer FFP2-Maske entspricht. Ebenfalls ausgenommen sind Personen, die bereits an einem durch Labordiagnostik nachgewiesenen Coronavirus SARS-CoV-2 erkrankt waren.

**VI.**

Diese Allgemeinverfügung ist aufgrund von § 80 Abs. 2 Nr. 3 Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) vom 19.03.1991 (BGBl. I S. 686) in der jeweils gültigen Fassung i.V.m. §§ 28 Abs. 3, 16 Abs. 8 IfSG sofort vollziehbar.

**VII.**

Zu widerhandlungen gegen diese Anordnung stellen eine Ordnungswidrigkeit gemäß § 73 Abs. 1a Nr. 6 IfSG dar, die mit einer Geldbuße geahndet werden kann.

**VIII.**

Diese Allgemeinverfügung gilt gemäß § 41 Abs. 4 S. 3 und 4 VwVfG NRW einen Tag nach der Bekanntmachung als bekannt gegeben. Die Bekanntgabe erfolgt durch die Veröffentlichung im Amtsblatt des Kreises Paderborn.

**Begründung**

Zu I – IV:

Diese Allgemeinverfügung dient dem Zwecke, die Ausbreitung des Coronavirus SARS-CoV-2 einzudämmen.

Die Anordnung der häuslichen Absonderung /Quarantäne ergeht auf Grundlage der §§ 28 Abs. 1 Satz 1, 30 Abs. 1 Satz 2 IfSG in Verbindung mit den §§ 1 Abs. 1 und 3 Abs. 3 Nummer 1 des IfSBG NRW.

Gemäß § 28 Abs. 1 Satz 1 IfSG trifft die zuständige Behörde die notwendigen Schutzmaßnahmen, wenn Kranke, Krankheitsverdächtige, Ansteckungsverdächtige oder Ausscheider festgestellt werden, soweit und solange es zur Verhinderung der Verbreitung übertragbarer Krankheiten erforderlich ist. Sie kann insbesondere Personen verpflichten, den Ort, an dem sie sich befinden, nicht oder nur unter bestimmten Bedingungen zu verlassen oder von ihr bestimmte Orte oder öffentliche Orte nicht oder nur unter bestimmten Bedingungen zu betreten.

Gemäß § 30 Abs. 1 Satz 2 IfSG kann bei Kranken, Krankheitsverdächtigen, Ansteckungsverdächtigen und Ausscheidern angeordnet werden, dass sie in geeigneter Weise abgesondert werden, soweit und solange es zur Verhinderung der Verbreitung der übertragbaren Krankheit notwendig ist.

**Amtsblatt  
für den Kreis Paderborn**

**77. Jahrgang**

**07. Dezember**

**Nr. 87 / S. 12**

Zuständige Behörde ist gemäß § 28 Abs. 1 IfSG i. V. m. § 3 Abs. 3 Nr. 1 IfSBG NRW das Gesundheitsamt des Kreises Paderborn, da ein sofortiges Tätigwerden aus Gründen der unmittelbaren Gefahrenabwehr geboten ist.

Die Schülerinnen und Schüler sowie Lehrerinnen und Lehrer der Klasse MTP91 der Schule Richard-von-Weizsäcker-Berufskolleg, Schützenweg 6, 33102 Paderborn sind ansteckungsverdächtig im Sinne des § 2 Nr. 7 IfSG. Hierzu zählen Personen, von denen anzunehmen ist, dass sie Krankheitserreger aufgenommen haben, ohne krank, krankheitsverdächtig oder Ausscheider zu sein.

Die durch das Corona-Virus SARS-COV-2 hervorgerufenen Erkrankung ist unzweifelhaft eine übertragbare Krankheit im Sinne des § 2 Nr. 3 IfSG. Das Virus ist hochansteckend und kann durch Tröpfcheninfektion, durch die Ausscheidung von Viren in der Atemluft (Aerosole) und durch eine Schmierinfektion (auf Gegenständen) von Mensch zu Mensch übertragen werden.

Eine Aufnahme von Krankheitserregern ist anzunehmen, wenn mit hinreichender Wahrscheinlichkeit Kontakt zu einer infizierten Person oder einem infizierten Gegenstand bestand. Im Interesse eines wirksamen Infektionsschutzes sind dabei an die erforderliche Wahrscheinlichkeit nach allgemeinen Grundsätzen im Gefahrenabwehrrecht umso geringere Anforderungen zu stellen, je höher und folgenreicher der möglicherweise entstehende Schaden ist. Daher kann im Fall eines hochansteckenden Krankheitserregers, der bei einer Infektion zu einer tödlich verlaufenden Erkrankung führen kann, gegen die eine wirksame medikamentöse Therapie nicht zur Verfügung steht, auch eine vergleichsweise geringe Übertragungswahrscheinlichkeit genügen (vgl. BVerwG, Urteil vom 22.03.2012 - 3 C 16/11).

Ein Schüler der Klasse MTP91 der Schule Richard-von-Weizsäcker-Berufskolleg, Schützenweg 6, 33102 Paderborn ist am 03.12.2020 positiv auf das Coronavirus SARS-CoV 2 getestet worden. Die Betroffenen haben sich im infektiösen Zeitintervall über einen längeren Zeitraum mit der infizierten Person in einem Klassenraum befunden. Nach medizinischen Erkenntnissen sind die letzten 4 Tage vor dem Zeitpunkt der Durchführung eines Tests, der ein positives Ergebnis aufweist, als infektiöses Zeitintervall zu werten. Gleiches gilt für Zeiträume nach der Testdurchführung. Im vorliegenden Fall wurde am 03.12.2020 beim Betroffenen eine Testung durchgeführt, die positiv ausfiel. Der letzte Schulbesuch der Indexperson erfolgte am 30.11.2020.

Die Kontaktsituation im Einzelnen ist schwer zu überblicken, etwaige Abstandsregelungen sind schwer zu kontrollieren. Darüber hinaus kann das Ausgesetztsein einer Einzelperson zu im Raum möglicherweise schwebenden infektiösen Partikeln auch durch etwaige Alltagsmasken kaum gemindert werden, da die Aerosole an der Maske vorbei eingeatmet werden.

Die vorgenannten Betroffenen sind aufgrund der aktuellen RKI-Empfehlungen - vgl. RKI, Kontaktpersonennachverfolgung bei Infektionen durch SARS-CoV-2, Stand 16.11.2020 – optional als „Kontaktperson der Kategorie I“ mit einem höheren Infektionsrisiko einzustufen.

Das RKI ist in § 4 IfSG als die Stelle benannt, die die wissenschaftlichen Grundlagen für Entscheidungen des Gesetzgebers und der Exekutive im Bereich des Infektionsschutzes, insbesondere bei der Verhinderung einer Weiterverbreitung übertragbarer Erkrankungen, liefert. Seinen Empfehlungen kommt daher bei der Auswahl angezeigter Schutzmaßnahmen maßgebliche Bedeutung zu.

Für Kontaktpersonen der Kategorie I mit höherem Infektionsrisiko empfiehlt es die häusliche Absonderung bei gleichzeitiger zeitlicher und räumlicher Trennung von anderen Haushaltsmitgliedern.

Die Absonderungsanordnung ist auch verhältnismäßig.

An der Eignung der Quarantäne eine Weiterverbreitung der Infektion einzudämmen, besteht kein Zweifel.

Es sind keine mildereren Mittel verfügbar, die sich eindeutig als gleich geeignet erweisen. Insbesondere stellt das RKI klar, dass negative Testergebnisse einer Kontaktperson der Kategorie I das Gesundheitsmonitoring nicht ersetzt und die Quarantänezeit nicht verkürzt (vgl. RKI, Kontaktpersonennachverfolgung bei Infektionen durch SARS-CoV-2 vom 16.11.2020, S. 4).

Die ergriffene Maßnahme ist angemessen, auch wenn damit spürbare Eingriffe in die persönliche Freiheit einhergehen. Die auf wenige Tage begrenzten Einschränkungen sind mit Rücksicht auf überwiegende öffentliche Belange, insbesondere das Interesse der Allgemeinheit, das Infektionsgeschehen und die damit einhergehenden Gefahren für die Gesundheit vieler Menschen möglichst effektiv einzudämmen, zumutbar. Darüber hinaus gilt es weiteren Übertragungen innerhalb von Schulen zuvorzukommen und somit die generelle Öffnung schulischer Einrichtungen und damit Bildung, Förderung sowie Fürsorge für alle Schüler/innen nicht zu gefährden.

Zu VI.

Die Anfechtungsklage hat gegen diese Allgemeinverfügung keine aufschiebende Wirkung, § 16 Abs. 8 IfSG.

**Rechtsbehelfsbelehrung:**

Gegen diese Allgemeinverfügung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage beim Verwaltungsgericht Minden erhoben werden. Die Klage ist beim Verwaltungsgericht Minden (Königswall 8, 32423 Minden oder Postfach 3240, 32389 Minden) schriftlich oder dort zur Niederschrift des Urkundenbeamten der Geschäftsstelle oder durch Übertragung eines elektronischen Dokuments nach Maßgabe des § 55a der Verwaltungsgerichtsordnung –VwGO- und der Verordnung über die technischen Rahmenbedingungen des elektronischen Rechtsverkehrs und über das besondere elektronische Behördenpostfach (Elektronischer-Rechtsverkehr-Verordnung – ERVV) vom 24.11.2017 (BGBl. S. 3803) einzureichen.

Paderborn, 07.12.2020

gez.

Christoph Rüter, Landrat

507/2020

**Allgemeinverfügung  
des Kreises Paderborn  
zur Absonderung in häusliche Quarantäne  
zum Schutz der Bevölkerung des Kreises Paderborn vor der Verbreitung des Coronavirus  
SARS- CoV- 2**

**gegenüber**

**den Kindern sowie dem Betreuungspersonal der Gruppen Vögel und Vögelchen der Einrichtung Elterninitiative Kinderhaus Luftikus e.V., Detmolder Str. 106, 33100 Paderborn**

Gemäß § 28 Abs. 1 Satz 1, 30 Abs. 1 Satz 2 des Gesetzes zur Verhütung und Bekämpfung von Infektionskrankheiten beim Menschen (Infektionsschutzgesetz – IfSG) vom 20.07.2000 (BGBl. I S. 1045), § 3 Abs. 3 Nr. 1 des Gesetzes zur Regelung besonderer Handlungsbefugnisse im Rahmen einer epidemischen Lage von nationaler oder landesweiter Tragweite und zur Festlegung der Zuständigkeiten nach dem Infektionsschutzgesetz (Infektionsschutz- und Befugnisgesetz –IfSBG-NRW) vom 14.04.2020 (GV. NRW. S. 218b) sowie § 35 Satz 2 des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (VwVfG NRW) vom 12.11.1999 (GV. NRW S. 602) - jeweils in der z.Zt. gültigen Fassung – erlässt der Kreis Paderborn folgende

**Allgemeinverfügung**

**I.**

Alle Kinder sowie das Betreuungspersonal der Gruppen Vögel und Vögelchen der Einrichtung Elterninitiative Kinderhaus Luftikus e.V., Detmolder Str. 106, 33100 Paderborn, die im Zeitraum 27.11.2020 – 30.11.2020 die Einrichtung besucht haben, haben sich unverzüglich bis einschließlich 14.12.2020, 24.00 Uhr, in häusliche Absonderung zu begeben.

**II.**

Die unter Ziffer I. genannten Personen dürfen die eigene Häuslichkeit ohne ausdrückliche Zustimmung des Gesundheitsamtes des Kreises Paderborn während dieser Zeit nicht verlassen. Wenn sich an die eigene Häuslichkeit ein Balkon, eine Terrasse oder ein Garten anschließt, dürfen sich die betroffenen Personen auch in diesem Bereich aufhalten, wenn der Bereich ausschließlich von ihnen oder mit ihnen zusammenlebenden Personen benutzt wird.

Den betroffenen Personen wird untersagt, während dieser Zeit Besuch von Personen zu empfangen, die nicht ihrem Haushalt angehören. Der Kontakt zu haushaltsangehörigen Personen soll auf ein Mindestmaß beschränkt werden. Bei unverzichtbaren Kontakten soll eine Alltagsmaske getragen werden.

Sollte ein Kontakt mit anderen Personen zwingend notwendig werden, so ist dies vorab mit dem Gesundheitsamt des Kreises Paderborn abzustimmen.

**III.**

Die unter Ziffer I. genannten Personen sind ferner verpflichtet, das Gesundheitsamt des Kreises Paderborn unverzüglich zu kontaktieren, wenn typische Symptome einer Infektion mit dem Coronavirus

SARS-CoV-2 wie Husten, Fieber, Schnupfen oder Verlust des Geruchs- und Geschmackssinns innerhalb der Zeit der Absonderung bei ihnen auftreten.

**IV.**

Die Anordnungen zu den Ziffern I.-IV. gelten nicht für Personen, die durchgängig eine Maske getragen haben, die dem Standard einer FFP2-Maske entspricht. Ebenfalls ausgenommen sind Personen, die bereits an einem durch Labordiagnostik nachgewiesenen Coronavirus SARS- CoV- 2 erkrankt waren.

**V.**

Diese Allgemeinverfügung ist aufgrund von § 80 Abs. 2 Nr. 3 Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) vom 19.03.1991 (BGBl. I S. 686) in der jeweils gültigen Fassung i.V.m. §§ 28 Abs. 3, 16 Abs. 8 IfSG sofort vollziehbar.

**VI.**

Zuwiderhandlungen gegen diese Anordnung stellen eine Ordnungswidrigkeit gemäß § 73 Abs. 1a Nr. 6 IfSG dar, die mit einer Geldbuße geahndet werden kann.

**VII.**

Diese Allgemeinverfügung gilt gemäß § 41 Abs. 4 S. 3 und 4 VwVfG NRW einen Tag nach der Bekanntmachung als bekannt gegeben. Die Bekanntgabe erfolgt durch die Veröffentlichung im Amtsblatt des Kreises Paderborn.

**Begründung**

Zu I – VII:

Diese Allgemeinverfügung dient dem Zwecke, die Ausbreitung des Coronavirus SARS- CoV- 2 einzudämmen.

Die Anordnung der häuslichen Absonderung /Quarantäne ergeht auf Grundlage der §§ 28 Abs. 1 Satz 1, 30 Abs. 1 Satz 2 IfSG in Verbindung mit den §§ 1 Abs. 1 und 3 Abs. 3 Nummer 1 des IfSBG NRW.

Gemäß § 28 Abs. 1 Satz 1 IfSG trifft die zuständige Behörde die notwendigen Schutzmaßnahmen, wenn Kranke, Krankheitsverdächtige, Ansteckungsverdächtige oder Ausscheider festgestellt werden, soweit und solange es zur Verhinderung der Verbreitung übertragbarer Krankheiten erforderlich ist. Sie kann insbesondere Personen verpflichten, den Ort, an dem sie sich befinden, nicht oder nur unter bestimmten Bedingungen zu verlassen oder von ihr bestimmte Orte oder öffentliche Orte nicht oder nur unter bestimmten Bedingungen zu betreten.

Gemäß § 30 Abs. 1 Satz 2 IfSG kann bei Kranken, Krankheitsverdächtigen, Ansteckungsverdächtigen und Ausscheidern angeordnet werden, dass sie in geeigneter Weise abgesondert werden, soweit und solange es zur Verhinderung der Verbreitung der übertragbaren Krankheit notwendig ist.

Zuständige Behörde ist gemäß § 28 Abs. 1 IfSG i. V. m. § 3 Abs. 3 Nr. 1 IfSBG NRW das Gesundheitsamt des Kreises Paderborn, da ein sofortiges Tätigwerden aus Gründen der unmittelbaren Gefahrenabwehr geboten ist.

Die Kinder sowie das Betreuungspersonal der Gruppen Vögel und Vögelchen der Einrichtung Elterninitiative Kinderhaus Luftikus e.V., Detmolder Str. 106, 33100 Paderborn sind ansteckungsverdächtig im Sinne des § 2 Nr. 7 IfSG. Hierzu zählen Personen, von denen anzunehmen ist, dass sie Krankheitserreger aufgenommen haben, ohne krank, krankheitsverdächtig oder Ausscheider zu sein.

Die durch das Corona-Virus SARS-COV-2 hervorgerufenen Erkrankung ist unzweifelhaft eine übertragbare Krankheit im Sinne des § 2 Nr. 3 IfSG. Das Virus ist hochansteckend und kann durch Tröpfcheninfektion, durch die Ausscheidung von Viren in der Atemluft (Aerosole) und durch eine Schmierinfektion (auf Gegenständen) von Mensch zu Mensch übertragen werden.

Eine Aufnahme von Krankheitserregern ist anzunehmen, wenn mit hinreichender Wahrscheinlichkeit Kontakt zu einer infizierten Person oder einem infizierten Gegenstand bestand. Im Interesse eines wirksamen Infektionsschutzes sind dabei an die erforderliche Wahrscheinlichkeit nach allgemeinen Grundsätzen im Gefahrenabwehrrecht umso geringere Anforderungen zu stellen, je höher und folgenschwerer der möglicherweise entstehende Schaden ist. Daher kann im Fall eines hochansteckenden Krankheitserregers, der bei einer Infektion zu einer tödlich verlaufenden Erkrankung führen kann, gegen die eine wirksame medikamentöse Therapie nicht zur Verfügung steht, auch eine vergleichsweise geringe Übertragungswahrscheinlichkeit genügen (vgl. BVerwG, Urteil vom 22.03.2012 - 3 C 16/11).

Eine Betreuerin der Gruppen Vögel und Vögelchen der Einrichtung Elterninitiative Kinderhaus Luftikus e.V., Detmolder Str. 106, 33100 Paderborn ist am 01.12.2020 positiv auf das Coronavirus SARS-CoV 2 getestet worden. Die Betroffenen haben sich im infektiösen Zeitintervall über einen längeren Zeitraum mit der infizierten Person in einem Gruppenraum befunden. Nach medizinischen Erkenntnisse sind die letzten 4 Tage vor dem Zeitpunkt der Durchführung eines Tests, der ein positives Ergebnis aufweist, als infektiöses Zeitintervall zu werten. Gleiches gilt für Zeiträume nach der Testdurchführung. Im vorliegenden Fall wurde am 01.12.2020 beim Betroffenen eine Testung durchgeführt, die positiv ausfiel. Der letzte Besuch der Einrichtung der Indexperson erfolgte am 30.11.2020.

Die Kontaktsituation im Einzelnen ist schwer zu überblicken, etwaige Abstandsregelungen sind schwer zu kontrollieren. Darüber hinaus kann das Ausgesetztsein einer Einzelperson zu im Raum möglicherweise schwebenden infektiösen Partikeln auch durch etwaige Alltagsmasken kaum gemindert werden, da die Aerosole an der Maske vorbei eingeatmet werden.

Die vorgenannten Betroffenen sind aufgrund der aktuellen RKI-Empfehlungen - vgl. RKI, Kontaktpersonennachverfolgung bei Infektionen durch SARS-CoV-2, Stand 01.12.2020 – optional als „Kontaktperson der Kategorie I“ mit einem höheren Infektionsrisiko einzustufen.

Das RKI ist in § 4 IfSG als die Stelle benannt, die die wissenschaftlichen Grundlagen für Entscheidungen des Gesetzgebers und der Exekutive im Bereich des Infektionsschutzes, insbesondere bei der Verhinderung einer Weiterverbreitung übertragbarer Erkrankungen, liefert. Seinen Empfehlungen kommt daher bei der Auswahl angezeigter Schutzmaßnahmen maßgebliche Bedeutung zu.

Für Kontaktpersonen der Kategorie I mit höherem Infektionsrisiko empfiehlt es die häusliche Absonderung bei gleichzeitiger zeitlicher und räumlicher Trennung von anderen Haushaltsmitgliedern.

Die Absonderungsanordnung ist auch verhältnismäßig.

An der Eignung der Quarantäne eine Weiterverbreitung der Infektion einzudämmen, besteht kein Zweifel.



Es sind keine milderen Mittel verfügbar, die sich eindeutig als gleich geeignet erweisen. Insbesondere stellt das RKI klar, dass ein negatives Testergebnis einer Kontaktperson der Kategorie I vor dem 10. Tag der Quarantäne das Gesundheitsmonitoring nicht aufhebt und die Quarantänezeit nicht verkürzt (vgl. RKI, Kontaktpersonennachverfolgung bei Infektionen durch SARS-CoV-2 vom 01.12.2020).

Die ergriffene Maßnahme ist angemessen, auch wenn damit spürbare Eingriffe in die persönliche Freiheit einhergehen. Die auf wenige Tage begrenzten Einschränkungen sind mit Rücksicht auf überwiegende öffentliche Belange, insbesondere das Interesse der Allgemeinheit, das Infektionsgeschehen und die damit einhergehenden Gefahren für die Gesundheit vieler Menschen möglichst effektiv einzudämmen, zumutbar. Darüber hinaus gilt es weiteren Übertragungen innerhalb von pädagogischen Einrichtungen zuvorkommen und somit die generelle Öffnung dieser Einrichtungen und damit Bildung, Förderung sowie Fürsorge für alle Kinder nicht zu gefährden.

Zu VI.

Die Anfechtungsklage hat gegen diese Allgemeinverfügung keine aufschiebende Wirkung, § 16 Abs. 8 IfSG.

**Rechtsbehelfsbelehrung:**

Gegen diese Allgemeinverfügung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage beim Verwaltungsgericht Minden erhoben werden. Die Klage ist beim Verwaltungsgericht Minden (Königswall 8, 32423 Minden oder Postfach 3240, 32389 Minden) schriftlich oder dort zur Niederschrift des Urkundenbeamten der Geschäftsstelle oder durch Übertragung eines elektronischen Dokuments nach Maßgabe des § 55a der Verwaltungsgerichtsordnung –VwGO- und der Verordnung über die technischen Rahmenbedingungen des elektronischen Rechtsverkehrs und über das besondere elektronische Behördenpostfach (Elektronischer-Rechtsverkehr-Verordnung – ERVV) vom 24.11.2017 (BGBl. S. 3803) einzureichen.

Paderborn, 07.12.2020

gez.

Christoph Rüter, Landrat